



Innen- und Rechtsausschuss
Die Vorsitzende

Kiel, 10. Juni 2021
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 119. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 9. Juni 2021, 14:00 Uhr
im Plenarsaal des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

**1. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand des Landesaufnahme-
programms 500 in Kairo/Ägypten**

Das Innenministerium berichtete, eine Aussprache schloss sich an.

**2. Bericht der Landesregierung zum Starterpaket für Flüchtlinge in Schleswig-
Holstein (STAFF)**

Das Innenministerium berichtete, eine Aussprache schloss sich an.

**3. Entwurf eines Gesetzes zum Ausgleich der finanziellen Lasten der Stadt Feh-
marn und des Kreises Ostholstein für die Sicherstellung des abwehrenden
Brandschutzes durch die Erweiterung der Behördenbezirke nach § 30 Absatz 4
des Landesverwaltungsgesetzes (Kostenerstattungsgesetz Fehmarnbeltque-
rung)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2935](#)

Nachdem ein Antrag der Fraktion der SPD, die Beratung im August fortzusetzen, gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt wurde, empfahl der Ausschuss dem Landtag den Gesetzentwurf bei Enthaltung der SPD zur unveränderten Annahme.

4. Entwurf eines Justizvollzugsmodernisierungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2381](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/5500](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/5919](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Mit den Stimmen der re-
gierungstragenden Fraktionen gegen die Stimmen von SPD und SSW wurde der Än-

derungsantrag der Fraktion der SPD, [Umdruck 19/5500](#), abgelehnt. Der Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen, [Umdruck 19/5919](#), wurde einstimmig angenommen. Der so geänderte Gesetzentwurf wurde bei Enthaltung der SPD dem Landtag zur Annahme empfohlen.

5. Schriftlicher Bericht zur Bedarfsanalyse des Hilfeangebotes für gewaltbetroffene Frauen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2936](#)

Ein Antrag der Fraktion der SPD auf Durchführung einer mündlichen Anhörung zu der Vorlage wurde mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt. Den Bericht, [Drucksache 19/2936](#), nahm der Ausschuss sodann gegen die Stimme des SSW abschließend zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Die Vorsitzende wies auf die Sitzung am Freitag, 18. Juni 2021, im Anschluss an die Plenartagung hin.

Der Ausschuss kam überein, am 15. September 2021 - 10:00 Uhr - im Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge in Neumünster zu tagen und die für diesen Tag um 14:00 Uhr vorgesehene Sitzung entfallen zu lassen.

Schluss: 15:50 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka